

Die aktuelle Pandemie beschert uns einerseits ein sattes Wachstums-Minus (ca 7,4%) und zusammen mit den massiven Stützungsmaßnahmen Riesenlöcher in den nationalen Haushalten. Nun dürfte es kaum Zweifel über die Notwendigkeit bzw. den Sinn div. Überbrückungsmaßnahmen geben. Diese sind gerechtfertigt und unerlässlich zur Stabilisierung aller betroffenen Volkswirtschaften.

Bereits jetzt wird heftig diskutiert, wie man diese daraus resultierenden, enormen Verschuldungen wieder in den Griff bekommen kann. Aus konservativen Kreisen ertönt ein lautstarker Ruf nach Wachstum, Wachstum und nochmals Wachstum. Spätestens hier sollte die Frage erlaubt sein, welches Wachstum wir dafür anstreben wollen. Es ist nicht einerlei, ob wir Wachstum wie bisher gehabt, oder vorzugsweise qualitatives Wachstum in Hauptrichtung Klima/Umwelt/Nachhaltigkeit, Digitalisierung, öffentlicher Verkehr, Bildung und Innovation forcieren.

Die enormen Herausforderungen der Zukunft und die Tilgung der überbordenden Schulden werden allein mit Wachstum kaum zu bewältigen sein. Dazu liegen auch bereits nachvollziehbare Vorschläge am Tisch. Der IWF (Internationaler Währungsfonds) und ATTAC (setzt sich für demokratische, sozial gerechte Gestaltung der globalen Wirtschaft ein) schlagen eine Besteuerung großer Vermögen vor. Allein aus der Sicht der schwer wegzudiskutierenden ungleichen Vermögensverteilung (das reichste 1% verfügt in Österreich über rund 40% des Gesamtvermögens) lohnt es sich, diese Vorschläge ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Zudem könnte „nicht arbeitendes Kapital“ an den Börsen einer gerechten Besteuerung in Form einer Transaktions-Abgabe unterzogen werden.

Jedenfalls sollte bei allen Überlegungen über künftig notwendige Abgaben nicht außer Acht gelassen werden, dass die mit Abstand höchsten Steuereinnahmen in Österreich aus der Lohnsteuer (195 Mrd) und Umsatzsteuer (226 Mrd) stammen und daher nicht mehr belastungsfähig erscheinen.